

ASTA - PROGRAMM '80

(FRÜHJAHR UND SOMMER 1980)

GRUNDLAGEN UNSERER ASTA ARBEIT

Die ASTA Arbeit der letzten Jahre war gekennzeichnet durch die Auseinandersetzung mit dem HRG. Studentische Hochschulpolitik war insofern ein Reagieren - nämlich die Abwehr reaktionärer Hochschulgesetzgebung - und nicht die aktive Durchsetzung studentischer Interessen. Nach der Verabschiedung der Hochschulgesetze ist diese Ebene politischen Handelns nicht mehr ausreichend, da es jetzt darum gehen muß, eigene Vorstellungen von Bildungspolitik zu entwickeln und somit überhaupt studentische Interessen an der Hochschule, d.h. an den Fachbereichen zu verwirklichen.

Nun zu unserem organisatorischen Konzept, das nur durch intensive Diskussion mit den Beteiligten verwirklicht werden kann. Unsere Konzeption geht dahin, daß sowohl informativ wie auch inhaltlich ein intensiver Austausch zwischen Fachschaften, Fachschaftsvertreterplenum, ASTA und Stupa erfolgt. Konkrete Ansatzpunkte wie dies zu verwirklichen ist, ist den Programmen für das Fachschaftsreferat und das Infoferat zu entnehmen.

Wir sehen darin eine bessere Möglichkeit studentische Interessen durchzusetzen. Daß das Fachschaftsvertreterplenum keine Weisungsbefugnis an den ASTA hat, wohl aber das Stupa, sehen wir nicht als Bruch, weil unser Konzept kooperative Verhaltensweisen aller Beteiligten voraussetzt.

Fachschaftsreferat

Der AStA hat die Aufgabe, die Belange der Studentenschaft wahrzunehmen. Diese Interessen können nur in enger Zusammenarbeit mit den Fachschaften auch durchgesetzt werden. Es ist also die Aufgabe des AStA die Fachschaften inhaltlich und materiell zu unterstützen. Dies gilt natürlich auch für Erstsemestergruppen, Arbeitsgruppen und sonstige Initiativen.

Die Fachschaften sollen über das Fachschaftsvertreterplenium zusammenarbeiten. Das Plenum soll zu einer Koordination der AStA-Arbeit sowie der einzelnen Fachschaften beitragen. Hierbei nehme ich die Intension des jetzigen Plenums auf, daß die Organisation des jetzigen Fachschaftsreferenten sowie abwechselnd zu nominierenden Fachschaften obliegt. Der Fachschaftsreferent ist bestrebt, Beschlüsse des Fachschaftsvertreterplenums in die AStA-Arbeit zu integrieren. Auftragsaufträge an den AStA können nicht gegeben werden, doch ist eine weitestgehende Koordination anzustreben.

Konkret soll die Zusammenarbeit der Fachschaften untereinander hauptsächlich in den Fragen der Studienreform und der Prüfungsgebühren unterstützt und gefördert werden. Einzelne Arbeitsschwerpunkte die sich bei den einzelnen Fachschaften überlappen, sollen in geeigneter Form gemeinsam angegangen werden.

Eine solche Koordination und darüberhinaus eine bessere Information wäre möglich, wenn der AStA in Zusammenarbeit mit den Fachschaften regelmäßig AStA-Materialien zu verschiedenen Problemen erstellen würde. Zu den Orientierungseinheiten ist dies bereits geschehen. Weitere Punkte wären:

- Studienreform an den Fachbereichen
- Arbeitsschwerpunkte der Fachschaftsarbeit
- Ergebnisse von Arbeitsgruppen
- Lage der Verfaßten Studentenschaft

Darüberhinaus müssen die regelmäßigen Besuche bei den Fachschaften beibehalten werden, um den direkten Kontakt zu allen Fachschaftsleuten zu erhalten.

Die Unterstützung von Orientierungseinheiten an den Fachbereichen wird in Zusammenarbeit mit dem ZHD sichergestellt sein. Dies gilt auch für alle anderen Formen der Studienberatung (z.B. Berufsperspektiven) Alle Aktionen der Fachschaften wird der AStA soweit vertretbar unterstützen (Kampf gegen Studienverschärfungen, Erweiterung des Studienangebots)

Außerdem soll versucht werden, eine Diskussion darüber zu führen, in wie weit unter den gegebenen Umständen eine sinnvolle Arbeit auf den VDS-Fachtagungen der verschiedenen Fachgebiete zu erreichen ist, bzw. überhaupt möglich ist. Um die Kooperation zwischen Fachschaften und AStA zu intensivieren haben wir folgende Vorschläge, die wir mit den Fachschaften diskutieren wollen:

- Wir laden die Organisatoren des Fachschaftsvertreterplenums ein, an den AStA-Sitzungen teilzunehmen, um einen besseren Informationsfluß zwischen AStA und Fachschaftsvertreterplenum zu ermöglichen. Selbstverständlich ergibt sich daraus, daß auch der AStA am Fachschaftsvertreterplenum teilnimmt.

Inforeferat

Das Inforeferat ist eine Art Zentralstelle im AStA, die fast alle eingehenden Informationen erhält und verantwortlich ist für Aufarbeitung und Weitergabe von Informationen. Darüberhinaus muß Pressearbeit geleistet werden. Es ist im Grunde kein "politisches Referat" sondern hat hauptsächlich organisatorische Aufgaben.

- Adressaten sind:

1. Fachschaften und Fachschaftsvertreter
2. AStA-Referenten
3. Gremienleute
4. StuPa-Mitglieder
5. Stud. Öffentlichkeit
6. Allgemeine Öffentlichkeit

Ich habe vor meine Informationsarbeit wie folgt aufzuteilen:

zu 1.: IB, Einzelgespräche mit Fachschaftsleuten, Fachschaftsbesuche und Teach-in's zu einzelnen Themen (Wohnen, Wahlen, Studienreform)

zu 3.: IB, Liste aller in Gremien tätigen Leute mit Tätigkeitsbereich.

zu 4.: siehe 1.

zu 5.: Die bisher üblichen Flugblätter und Wub's, darüberhinaus will ich versuchen, Diskussionsveranstaltungen anzubieten.

zu 6.: Presseerklärungen in DE, DT, FR und Regionalblatt. In Zusammenarbeit mit den anderen Referenten werde ich versuchen, eine oder zwei Bevölkerungszeitungen (Wohnen, Hochschule und Gesellschaft) herauszugeben. Außerdem sollten Informationsstände in der Stadt durchgeführt werden.

Eine solche elonunabhängige Förderung ist für mein Dafürhalten weniger verwaltungsaufwendig und gerechter. Sie würde jedoch einschneidende Änderungen in der Sozial- und Steuergesetzgebung zur Voraussetzung haben. Die Förderung würde dann wie eine Rente, einmal hoch genug angesetzt (z.Z. ca DM 700) jährlich den steigenden Lebenshaltungskosten angepaßt, unabhängig von der Studiendauer. Die Zahl der ewigen Studenten wird wohl zunehmen, jedoch nur in geringem Umfang, da die meisten Studenten irgendwann 'mal in die berufliche Praxis wollen. Außerdem wird die Zahl der Studienabbrecher und der arbeitslosen Akademiker dadurch minimiert.

Die Durchsetzung solcher Vorstellungen erscheint mir in Anbetracht der gesellschaftlichen Machtverhältnisse kurzfristig aussichtslos. Bleibt also eine schrittweise Verbesserung bzw. das Verhindern zurückgehender Sozialleistungen.

Beim Bafög bedeutet dies die Forderung nach:

- Erhöhung des Höchstsatzes auf derzeit DM 700
- Wegfall des Grunddarlehens
- Anhebung des Elternfreibetrags auf DM 1600
- Ausbildungsförderung auch für die ausländischen Kommilitonen
- Anpassung der Förderungshöchstdauer an die tatsächliche Studiendauer

Wie schwer es ist, selbst diese Forderungen durchzubringen, zeigt die 6. Bafög-Novelle im Sommer 79.

Die unzureichende Erhöhung des Elternfreibetrags auf DM 1300 schmeißt viele Studenten aus der Förderung heraus oder verringert die ohnehin zu niedrige Förderung, deren Höchstsatz mit DM 620 weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Das Darlehen bleibt weiter bestehen, die Beibehaltung des Betrags (DM 150 bzw. 130) statt einer Erhöhung ist vielleicht ein Indiz für ein Umdenken.

Ein wichtiger Punkt ist das Ausmaß der Bürokratisierung beim Bafög. Wie oben schon aufgezeigt, ist der Gerechtigkeitsanspruch ein Grund dafür. Überbürokratisierung ist auch unter den folgenden Gesichtspunkten zu verstehen

- je komplizierter das Antragsverfahren, desto größer die Zahl derer, die von vornherein oder nach den ersten Erfahrungen vor einer weiteren Antragsstellung zurückschrecken. Dies wird von vornherein einkalkuliert, sodaß die Leistungen auf dem Papier etwas "großzügiger" ausfallen; nichts als Augenwischerei
- der hohe Verwaltungsaufwand schafft oder erhält Arbeitsplätze, die gleichzeitig vom Staat kontrolliert werden
- nicht zuletzt steckt in der Bürokratisierung eine Eigendynamik, die mehr progressiv als linear zunimmt.

SOZIALPOLITIK

1. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Sozialpolitik im Bereich der Hochschule kann sich nur verstehen als Teil einer gesellschaftlichen Gesamtstrategie, die das Ziel hat, Verhältnisse zu überwinden, die soziale Härten entstehen lassen.

Das bedeutet die Überwindung des Kapitalismus, hin zu einer sozialistischen Gesellschaft.

Im kapitalistischen Gesellschaftssystem hat der Staat unter anderem die Funktion, privatwirtschaftliche Gewinne zu garantieren. Die Folgekosten werden auf die unterdrückten Klassen abgewälzt. Darüberhinaus hat der Staat die Aufgabe, die Produktionskraft Mensch sowie die notwendigen Absatzmärkte im gewünschten Umfang bereitzustellen.

Staatliche Sozialleistungen haben dabei folgende Aufgaben:

- Verdecken der Besitz- und Machtverhältnisse
- Sicherung des Existenzminimums zur Erhaltung der Arbeitskraft Mensch
- Stabilisierung der Kaufkraft
- Gewährleistung einer ausreichenden Mobilität der Menschen hinsichtlich Ort und Qualifikation des Einsatzes im Produktionsprozess

Dabei fallen die Sozialleistungen aufgrund der steuerlichen Gewinnabschöpfung zu Zeiten der Hochkonjunktur großzügiger als zu Zeiten der Verwertungskrisen aus, obwohl sie umgekehrt erforderlicher wären.

Mit zunehmender Konzentration und Automatisierung wird die Zahl der Beschäftigten zurückgehen und ein immer größer werdender Teil des Sozialbudgets wird für die Existenzsicherung der Arbeitslosen verwendet. Das bedeutet weiterhin, daß die Zahl der beschäftigten Anspruchsberechtigten (auf irgendwelche Sozialleistungen) sinkt, und das Sozialbudget nur aufgrund höherer Steuern finanziert werden kann.

Damit muß ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung eine Senkung ihres Realeinkommens hinnehmen.

Die Hochschulen haben im Kapitalismus primär die Aufgabe, je nach wechselndem Bedarf an mehr oder weniger spezialisierten Arbeits-

Der AstA wird deshalb im hiesigen Studentenwerk auf dringen, daß:

1. die gesetzlichen Neuerungen nicht unreflektiert als Errungenschaften dargestellt werden, wie dies z.B. im Dezember 79 in einem Studentenwerksinfo geschehen ist
2. die Antragsbearbeitung nicht unter dem Aspekt der Verweigerung, sondern der Gewährung vollzogen wird,
3. das Studentenwerk die Forderungen der Studenten, Gewerkschaften und des Deutschen Studentenwerks aufgreift und sich dafür einsetzt

Dazu im einzelnen:

Punkt 1 kann durch einen Beschluß des Studentenwerksvorstandes erreicht werden. Punkt 2 erfordert eine differenzierte Strategie:

- Betreuung der Einzelfälle im Hinblick auf die grundsätzliche Bearbeitungsmethode
- Publikation von Fällen
- Aufforderung der Abschaffung, soweit dies nicht an die gesetzlichen Schranken der Verwaltung stößt
- juristische Maßnahmen wie Dienstaufsichtsbeschwerden, Einzelklagen und Musterprozesse
- Einrichtung eines 2. Förderungsausschusses

Punkt 3 erfordert entsprechende Beschlüsse im Studentenwerksvorstand sowie den Versuch, Mitarbeiter des Bafög-Amtes für Verbesserungen zu motivieren und sie in politische Arbeit zu integrieren.

Diese Maßnahmen werden bis Ende des SS 1980 nur ansatz- oder teilweise realisiert werden können, stellen z.Z. jedoch unsere einzige Möglichkeit dar.

Zur Entbürokratisierung wurden erste Schritte eingeleitet. Der AstA wird in Zusammenarbeit mit Studenten und Mitarbeitern dieses und eventuell anderer Bafögämter prüfen, inwieweit im Rahmen des Gesetzes der Verwaltungsaufwand reduziert werden kann und soweit dies zeitlich möglich ist, erste Schritte zur Vereinfachung einzuleiten. Dabei ist daran gedacht, Verfahren ähnlich der Rückmeldung, des Studentenwerksdarlehensantrags, des Antrags der Friedrich-Ebert-Stiftung und anderer Förderungsstellen in ähnlicher Form zu übernehmen.

Für Mai/Juni wollen wir versuchen eine Podiumsdiskussion oder eine Art Wochenendseminar zur Entwicklung und Überbürokratisierung des BAFÖG durchzuführen.

Das darmstädter Studentenwerk gewährt Studenten, die nach Bafög nicht mehr gefördert werden können ein zinsloses Darlehen bis zu DM 6000. Wir werden versuchen den Fonds aufzustocken und eine Erhöhung des Betrags auf DM 7000 durchzusetzen.

kräften im entsprechenden Umfang auszubilden. In der heutigen Situation werden an den Hochschulen zudem diejenigen ausgebildet, die später gesellschaftliche Herrschaftspositionen einnehmen. Dabei sollen allgemeine Erkenntnisse und gesellschaftliches Verantwortungsbewußtsein gar nicht erst vermittelt werden.

Welches sind nun die Mittel, welche der Hochschule die ihr zuge dachte Funktion ermöglichen ?

Zahl der Hochschulen und Hochschullehrer, Numerus Clausus , Prüfungen, Studiendauer und Praktika regeln mehr oder weniger direkt Zahl und Qualifikation der Ausgebildeten. Kosten des Studiums, (Eigenleistungen wie Literatur, Zeichenmaterial usw.) Bafög und sonstige Stipendien, Ausstattung des Hochschulortes mit preiswertem Wohnraum regeln über das Einkommen die Zahl der Studenten.

2. Sozialpolitik an der Hochschule

Studentische Sozialpolitik muß also abzielen auf

1. die finanzielle Gleichstellung aller Studenten
2. die ausreichende Bereitstellung von preiswertem Wohnraum

Jeder soll die Möglichkeit haben, im Studium seine individuellen Fähigkeiten voll zu entfalten sowie gesellschaftliches Verantwortungsbewußtsein zu entwickeln, ungeachtet seiner sozialen Herkunft. Die finanzielle Gleichstellung ist einer der Grundvoraussetzungen. Diese kann entweder abhängig von den Einkommens- und Vermögensverhältnissen der Eltern, der Familien oder der eigenen oder eben unabhängig davon sein.

Zur Zeit haben wir beim Bafög, Wohngeld und anderen Sozialleistungen die abhängige Förderung. Diese führt, da sie jedem gerecht werden will, von vornherein zu höherem Aufwand bei der Zuteilung der Mittel. Hierin ist mit Sicherheit ein Grund für die Überbürokratisierung bei allen Sozialleistungen zu sehen. Außerdem läßt sie die zugrunde gelegten Einkommens- und Vermögensverhältnisse unangetastet.

Will man die Auszubildenden unabhängig von ihrem Einkommensverhältnissen bzw. den ihrer Eltern oder eigenen Familienmitglieder fördern, muß man Änderungen im Steuersystem vornehmen. Das bedeutet, daß der Auszubildende bei der Steuer nicht berücksichtigt werden darf.

Andernfalls können sonst gerade reiche Eltern durch die Steuerfrei-

Das vom Studentenwerk angebotene Kurzdarlehen in Höhe von DM 200 ist viel zu niedrig für 10 Wochen. Auch hier wird der AStA eine Anhebung auf DM 1000 versuchen durchzusetzen.

In einer oder zwei Sozialwubs soll über die Bafögänderung 1980, Antragstellung, Probleme sowie über andere Sozialleistungen berichtet werden und Entwicklungen dokumentiert werden.

ZUR WOHNRAUMSITUATION UND ZUR STUDIENREFORM
WERDEN EUCH IN DEN NÄCHSTEN TAGEN DIE PRO-
GRAMMTEXTE ZUGEHEN, JEDENFALLS NOCH VOR DER
STUPA-SITZUNG.

asta- Programm

Fortsetzung des Sozialprogramms

W o h n r ä u m s i t u a t i o n

Die Wohnsituation der Studenten verschärft sich von Jahr zu Jahr überall in der BRD. In Darmstadt verschärfte sich die Situation sprunghaft im letzten Jahr.

Eine genaue Analyse der Situation liegt zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vor, soll jedoch Teilziel der politischen Arbeit in den kommenden Monaten sein.

Mögliche Gründe für die Wohnmisere sind :

- Ende der Stadtflucht
- die geburtenstarken Jahrgänge kommen ins Alter um eigene Haushalte gründen zu können
- genügend private Bauaufträge , sodaß die Bauindustrie nicht gestützt werden mußte

Der AstA wird sich dafür einsetzen, daß 1000 neue Wohnheimplätze unterschiedlichen Charakters noch in diesem Jahr geplant und gebaut werden. Gelder zum Bau neuer Wohnheime sind in Bonn, Wiesbaden und beim hiesigen Studentenwerk vorhanden. Ein möglicher Grund für das Nichtbauen sind Streitigkeiten über die notwendigen Baukosten eines Wohnheimplatzes. Politisches Interesse an der Beibehaltung des status quo kann auf jeden Fall angenommen werden, kommt er doch den Wohnungseigentümern zugute. Der Bau einer Vielzahl von Sozialwohnungen und Studentenheimen würde nämlich auf die gegenwärtig so hohen Mietpreise drücken. Das Argument, daß in ein paar Jahren wegen der zurückgegangenen Geburtenzahlen Wohnheimplätze leerstünden, kann aus unserer Sicht nur von denen kommen, die an hohen Mieten Interesse haben.

Für Mai plant der AstA eine Demonstration zur Wohnmisere. Vorbereitende Veranstaltungen und Diskussionen in den Fachschaften, Stupa, FSVP, Vollversammlung, Teach ins ... sind dazu erforderlich.

Der AstA wird versuchen zum Bafög oder zur Wohnmisere hier an der TH eine landes- oder bundesweite Veranstaltung in Form eines Seminars oder ~~Kongress~~ Kongresses durchzuführen.